18A 16482

München, den 26. Juli 1934.

Herr Ministerialdirektor J ä g e r, Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) verlangte von Herrn Landesbischof D. Meiser in Verhandlungen über die freiwillige Eingliederung der bayer. Landeskirche in die DEK. einzutreten. Die Antwort des Herrn Landesbischofs und die Erklärung des Landessynodalausschusses diene den Herren Kirchenvorstehern zur Kenntnis der gegenwärtigen kirchlichen Lage.

I. A. Braun, Stadtvikar.

Abschrift.

München, den 24. Juli 1934.

Herrn
Ministerialdirektor J ä g e r
Berlin-Charlottenburg.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Auf Ihr gesch. Schreiben vom 17. ds. Mts. darf ich Ihnen folgendes zur Kenntnis bringen:

Erfüllt von dem Streben nach Einheit in Kirche und Volk hat die bayer. Landeskirche sich am 11.7.33 mit allen deutschen evangelischen Landeskirchen zu einer einigen Deutschen Evangelischen Kirche zusammengeschlossen. Nach Art. 2 Abs. 1 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist die bayer. Landeskirche ein Glied der Reichskirche; ich muss daher Ihrer Behauptung, die bayer. Landeskirche stehe "abseits" der DEK. ebenso nachdrücklich widersprechen wie ich nicht anzuerkennen vermag, dass erst durch die von Ihnen empfohlene "Eingliederung" die enge Verbindung der bayer. Landeskirche mit der DEK. herbeigeführt würde. Ich kann für die bayer. Landeskirche in Anspruch nehmen, dass sie von Anfang an willig und entschlossen war, dem Gedanken der einigen DEK. auf dem Boden der bestehenden Verfassung sich dienstbar zu machen. Die fortschreitende innere Einigung der DEK war und ist die aufrichtige Sehnsucht der bayer. Landeskirche. Darum hat sie sich wiederholt bereit erklärt, allen Kräften freien Raum zu geben, die zum Werden und Wachsen einer echten Reichskirche in Bewegung sind. Wiederholt habe ich meine Bereitwilligkeit erklärt, an der Weiterbildung der Verfassung der DEK. im Sinne einer Verstärkung ihrer Einheit mitzuwirken.

Die wahrhaft einige DEK. aber kann nur aus dem Wesen der Kirche selbst erwachsen, aus ihren religiösen Kräften, aus dem Geiste des Evangeliums, wie es uns das Bekenntnis verstehen gelehrt hat. Sie kann nur dann neues Recht entwickeln, wenn die Vollmacht zur Gesetzgebung aus dem Bekenntnis abgeleitet wird und am Bekenntnis ihre Grenze findet.

Ich muss es ablehnen, mit der derzeitigen Reichskirchenregierung in Verhandlungen über eine neue Form des Zusammenschlusses einzutreten, weil ich mich einem Regiment widersetze, das eine geeinte Deutsche Evangelische Kirche aus Rechtsbruch und Gewalttat, nicht aber aus dem Wesen der Kirche aufbauen will. Ich muss diese Haltung umsomehr einnehmen als mir die Selbstachtung verbietet, mit Kreisen in Verhandlungen zu treten, in denen die ungeheuerliche, durch nichts zu begründende Verdächtigung ausgesprochen wurde, als stünden meine Freunde und ich in Zusammenhang mit der hochverräterischen Röhms-Revolution.

Ich muss auch hervorheben, dass - trotz aller gegenteiligen Versicherungen - mir die Selbstständigkeit des Bekenntnisses meiner Landeskirche in keiner Weise gesichert erscheint, wenn sie nach dem Muster anderer Landeskirchen eine "Eingliederung" vornehmen würde, die den Herrn Reichsbischof, den Führer einer nicht bekenntnismässig gebundenen Kirche, zum unumschränkten Herrn der Kirche machen würde. Meine grundsätzliche Stellungnahme zu dieser Frage finden Sie in der Kundgebung niedergelegt, die ich gemeinsam mit dem Präsidenten unserer Synode und dem Vorsitzenden unseres Synodalausschusses unterm 17. März 1934 erlassen habe. Ich muss es ablehnen, mit verletztem Gewissen und falschem Herzen einen Pakt zu schliessen, der in seiner Auswirkung das Bekenntnis unserer Väter aufheben würde. Niemand kann mir eine solche Untreue

gegen die Kirche zumuten, für die ich vor Gott und meinen Gemeinden die Verantwortung trage. Mit gutem Gewissen kann ich die etwaige Unterstellung zurückweisen, als gefährde ich mit meiner Haltung die Einheit des deutschen Volkes. Dem Staat ist mehr genützt durch eine Kirche, die in innerer Einheit und Kraft das ihr anvertraute Glaubensgut wahrt als durch eine Kirche, die um äusserer Güter willen ihre inneren Kräfte preisgibt.

Noch herrscht Frieden in der bayer.Landeskirche. Durch ein Eingehen auf die Pläne der gegenwärtigen Reichskirchenregierung würde der Friede gestört werden. Die dem Herrn Reichskanzler von dem Herrn Reichsbischof und dem Herrn Rechtswalter der DEK. am 18.ds.Mts. gemeldete weitgehende Befriedung der DEK. war falsch; in Wirklichkeit ist der Frieden in den eingegliederten Landeskirchen weniger vorhanden wie zuvor. Ich will meiner Landeskirche dieses Schicksal ersparen.

So muss ich es ablehnen, auf Ihren Vorschlag der freiwilligen "Eingliederung" der bayer.Landeskirche in die DEK. einzugehen. Es ist mir eine Stärkung und Genugtuung, dass diese meine Haltung nicht nur dem einmütigen Willen des Landeskirchenrates und des Landessynodalausschusses entspricht, sondern auch von den Gemeinden kraftvoll gefördert und gebilligt wird.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener
gez.D.Meiser.

Der Landessynodalausschuss hat die vorstehende Antwort mit dem Herrn Landesbischof und dem Landeskirchenrat beraten. Er billigt den Inhalt dieser Erklärung und stellt sich in einmütigem Vertrauen hinter den Herrn Landesbischof. Er bittet die Geistlichen und die Gemeinden unserer Landeskirche, mit dem Herrn Landesbischof zusammenzustehen zu entschlossener Verteidigung der Rechte und des Bekenntnisses unserer Landeskirche.

München, den 24.Juli 1934.

Gez. Pfarrer G r e i f e n s t e i n
Pfarrer Klingler
Pfarrer Lic. L o y
Dekan Weiss
Rektor Dr. L a u e r e r
Pfarrer B o g n e r
Universitätsprof.Dr.L i e r m a n n
Geh.Landesbaurat Dr.Neumeyer
Rechtsanwalt Dr.S c h n e i d e r
Bürgermeister S o l d n e r
Prakt.Arzt Dr. B a c h m a n n
Studienrat D e y e
Oberregierungsrat B r a c k e r
Oekonomierat D o e r f l e r .